

Rheingauer Bote.



Rüdesheimer Zeitung.

Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr 147

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.70 ohne und M. 2.00 mit Illustr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postzuschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Montag, den 16. Dezember

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Restamenzeile 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von H. Meier in Rüdesheim.

1918.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachungen.

Die Liste der Handwerker, die sich an der Abstimmung über die Errichtung einer Zwangseinnahme für das Friseurhandwerk im Bezirke der Gemeinden des Landkreises Wiesbaden, des Rheingau- und Untertaunuskreises beteiligt haben, liegt in der Zeit vom 19. Dezember 1918 bis 5. Januar 1919 im Zimmer 6 des Landratsamtes Wiesbaden, Lessingstraße 16, zur Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten öffentlich aus.

Nach Ablauf dieser Frist angebrachte Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

Wiesbaden, den 7. Dezember 1918.

Der Landrat.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnisnahme.

Rüdesheim, den 13. Dezember 1918.

Der Magistrat: J. B. Kubale.

Vom Dienstag, den 17. Dezember, ab wird der Zucker für den Monat November ausgegeben. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt ein Anteil von 1 1/2 Pfund gem. Zucker zum Preise von 83 Pfg. Die Ausgabe erfolgt im alten Amtsgericht, Schmidstraße, in nachstehender Anordnung:

am Dienstag

Bezirk	1 und 2 von	8-9 1/2 Uhr
"	3 und 4 von	9 1/2-10 1/2 "
"	5 und 6 von	10 1/2-12 "
"	7 und 8 von	2-3 "
"	9 und 10 von	3-4 "
"	11 und 12 von	4-5 "
"	13 und 14 von	5-6 "

am Mittwoch

"	15 und 16 von	8-9 1/2 "
"	17 und 18 von	9 1/2-10 1/2 "
"	19 und 20 von	10 1/2-12 "
"	21 und 22 von	2-3 "
"	23 und 24 von	3-4 "
"	25 und 26 von	4-5 "

Tüten, Kleingeld und Lebnsmittelkarten sind mitzubringen.

Rüdesheim, den 16. Dezember 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Dienstag, den 17. Dezember, nachm. 3-5 Uhr, werden noch weiße Rüben, das Pfund zu 5 Pfg., im Armenhaus, Oberstraße, ausgegeben. Quittungen zuvor auf Zimmer 4 der Bürgermeisterei.

Die nächste **Krankensachen-Ausgabe** (Butter) bei Frau Elise Becker, Oberstraße, findet am Dienstag, den 17. Dezember, nachm. 3-6 Uhr statt.

Rüdesheim, den 16. Dezember 1918.

Der Magistrat.

An das metallverarbeitende Handwerk.

Die erstmalige Zuweisung von Sparmetallen an die Handwerksbetriebe des Regierungsbezirks Wiesbaden für den Monat Dezember erfolgt mit Rücksicht auf die Dringlichkeit nicht zentral von der Metallberatungs- und Verteilungsstelle für Handwerksbetriebe in Hannover, sondern durch die unterzeichnete Handwerkskammer als Bezirksstelle. Infolgedessen sind uns zur Verteilung im Monat Dezember 1918 folgende Sparmetalle überwiesen:

Rupfer,
Zinn,
Blei,

Zink, Weißblech.

Es ist nur das Klempner-, Installateur- und Kupferschmiedehandwerk berechnet worden.

Sichtlich des Metallbedarfs der Elektroinstallateure, Optiker, Graveure, Ziseleure, Uhrmacher ergeht besondere Bekanntmachung, weil diese Handwerker besonderen Metallberatungsstellen angeschlossen sind und infolgedessen der Versorgung durch die Metallberatungsstelle für Handwerksbetriebe nicht unterliegen. In besonders dringenden Fällen können jedoch aus den ebr. vorliegenden Mengen die Elektro-Installateure, Optiker, Graveure, Ziseleure, Uhrmacher mit berücksichtigt werden.

Wir fordern hiernach diejenigen, auf Sparmetalle angewiesenen Handwerksbetriebe, die es noch nicht getan haben, in ihrem eigenen Interesse dringend auf, ihren Betrieb zum Zwecke der Zuteilung der genannten Rohstoffe bei der unterzeichneten Handwerkskammer umgehend anzumelden.

Wiesbaden, den 9. Dezember 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende:
Carstens.

Der Syndikus:
Schroeder.

Die Nationalversammlung.

Die letzten Nachrichten aus Berlin lassen erwarten, daß schon im Januar das deutsche Volk seine Nationalversammlung wählen wird, die ihm das Ergebnis der Revolution, die ungeteilte deutsche Republik des sozialen Rechts, durch neue, feste Formen sichern soll. Die Notwendigkeit schneller Wahlen ist — auch grade durch die Vorgänge der letzten Tage mit dem Plan einer Einberufung des alten Reichstags — wohl dem ganzen Volke so eindringlich klar geworden, daß jetzt anscheinend auch die bisher wiberstrebenden unabhängigen Mitglieder des Reich der Volksbeauftragten sich dieser Ansicht anschließen bereit sind. So wird jetzt wohl auf der bruten Montag zusammentretenden Reichskonferenz der deutschen A- und S.-Räte die Entscheidung für frühzeitige Wahlen fallen.

Zu wünschen ist nur, daß der nun wohl bald einsetzende Wahlkampf sich so abspiele, wie er des großen Gegenstandes würdig ist. Denn nicht um kleine Interessenkämpfe, nicht um Tagesfragen und Tagesstreitereien handelt es sich diesmal. Die höchsten Fragen der deutschen Nation, ihre künftige Staatsform und der Geist, mit dem diese schon bei der Grundlegung erfüllt werden muß, stehen jetzt zur Entscheidung. Seit siebzig Jahren, seit 1848, hat das deutsche Volk nicht so zu wählen gehabt. Und wir wünschen ihm wahrhaftig, daß der Schwung der Gedanken, die Kühnheit der Ideen, die stolze Freude des großen Planes es jetzt so wie damals befehle. Kommt das nicht, dann wäre das einzig Gute dies, daß der Wahlkampf wenigstens kurz sein wird.

Wichtiger als alle Wahlproklamationen und Programme werden diesmal die Männer sein, die die Parteien den Wählern präsentieren. Viele sind heute bereit, sehr vieles zu unterschreiben. Und vor diesen vielen muß man sich hüten. Das deutsche Volk braucht für seine konstituierende Nationalversammlung Persönlichkeiten, die durch das Überzeugen, was sie sind. Nur wenn alle Parteien danach handeln, und wenn die Wähler mit rücksichtslosem Kampf gegen alle Richtungsabweichungen die Parteimaschine dazu zwingen, wird diese Nationalversammlung die wahre Repräsentante Deutschlands sein.

*

Zentrum

Die Zentrumspartei behält, wie wir verschiedenen Mißverständnissen gegenüber feststellen, ihren bisherigen Namen bei. Unter diesem Namen hat sie in der Vergangenheit das Vertrauen ihrer Wähler genossen, mit diesem Namen ist sie groß

und überall bekannt geworden und diesen Namen gedient sie auch in Zukunft beizubehalten. Verschiedentlich wurden Erörterungen angestellt, ob sich nicht auch die Zentrumspartei angesichts der neuen Verhältnisse einen anderen Namen zulegen sollte, wie das andere Parteien taten. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Manche wollten sie „Christlich-soziale“ oder auch „Christlich-demokratische“ oder auch schlechthin „Christliche Volkspartei“ nennen, andere schlugen „freie deutsche“ oder „großdeutsche Volkspartei“ vor. Das sind lauter mehr oder weniger bezeichnende bezw. sachlich zutreffende Namen und es würde dem, daß die Zentrumspartei sie sich zuletzt, an sich nichts entgegen. Man wird ohne weiteres zugeben können, daß die Zentrumspartei z. B. eine christlich-soziale Volkspartei ist. Ebenso ist die Partei von jeher eine christliche Volkspartei gewesen. Wenn aber alle dahingehende Erwägungen dazu führten, den alten Namen „Zentrum“ beizubehalten, so hat das sowohl ideale als praktische Gründe. Das neue Zentrum, wie es sich heute auf dem Boden der durch den Krieg gewordenen Verhältnisse konstituiert, will das alte Zentrum nicht verleugnen. Es hat nicht den mindesten Grund dazu, wenn auch ruhig zugestanden werden kann, daß die neue Zeit verlangt, die Partei auf eine neue breitere Grundlage zu stellen. Unverändert dagegen bleiben die Grundsätze und idealen Richtpunkte des Zentrums, die auf dem Boden des positiven Christentums erwachsen sind, für das neue Zentrum so gut wie für das alte. Sodann aber ist der Name Zentrum in all den Jahren des Bestehens der Zentrumspartei für unser christliches Volk geradezu zu einem zentralen Feldzeichen im politischen Kampf geworden, auf das es hinstrebt und das es sofort versteht. Es weiß, hier beim Zentrum ist das Heerlager derjenigen, die ihre politische Arbeit auf den Grundsätzen des Christentums aufbauen, und schon viele Schlachten für die Geltung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben erfolgreich geschlagen haben. Wir sagen damit nicht, daß nicht nur auch andere Parteien für christliche Forderungen auf dem Gebiet des staatlichen Lebens eintreten. Aber die Partei, die das grundsätzlich und unter Zugrundelegung der christlichen Weltanschauung in jeder Beziehung tut, das war und ist das Zentrum.

Fehrenbach erklärt

Berlin, 14. Dez. (W. B.) Der Präsident des Reichstages Dr. Fehrenbach richtete an die Reichsleitung folgendes Schreiben:

Gegenüber der dortigen Erklärung auf meine Berufung des Reichstages und im Zusammenhang mit Presseäußerungen habe ich nur das Bedürfnis, folgendes festzustellen: 1. Es ist falsch, von der Absicht einer Gegenrevolution zu sprechen, die ich der Regierung machen wollte. Es handelt sich für mich nur um die Schaffung der Voraussetzungen für den baldigen Abschluß des Vorfriedens. Herr Ebert ist über meine Absichten und der Übereinstimmung der Parteiführer mit diesen von mir loyal unterrichtet worden. 2. Die Voraussetzung meiner tatsächlichen Berufung des Reichstages durch die Bestimmung von Ort und Zeit ist die zweifelsfreie Feststellung der Tatsache, daß die feindlichen Gewalten in Deutschland von unseren Feinden nicht anerkannt werden. Diesen Zeitpunkt, der nach Zeitungsberichten vom Tage zuvor unmittelbar bevorstehen sollte, wollte ich aus der einleuchtenden Erwägung heraus nicht abwarten, ich durfte es auch angesichts der ungezählten Aufschriften und Telegramme, welche die Berufung des Reichstages forderten, und namentlich angesichts des Rotkreuzes von Köln und Koblenz. Die Annahme, daß die Entente erst durch mich auf den Gedanken kommen könnte, es fehle an einer verhandlungsfähigen Regierung, ist durch die vorausgegangenen Erörterungen in der feindlichen Presse widerlegt. 3. Die Folgen meiner Pflächterfüllung verantworte ich mit ruhigem Gewissen. Ich warte das pflichtmäßige Handeln der Regierung ab, wenn sich die Voraussetzung meiner Kundgebung erfüllt.

Die Armee Mackensen

Berlin, 14. Dez. (W. B.) Wie die „W. B.“ meldet, sind von der Armeegruppe Mackensen bis jetzt bereits große Teile in der Heimat eingetroffen. Es sind angelangt: die gesamte 11. Armee, Teile der 218. und 226. Infanterie-Division, sowie seinerzeit aus der Ukraine nach Rumänien entlandte Teile der 7. Landwehr-Division und Teile der 10. Infanterie-Division.

Der Waffenstillstand verlängert.

Trier, 13. Dez. (W. B.) Der Waffenstillstandsvertrag wurde heute Vormittag um 11.45 Uhr deutscher Zeit in dem Salonwagen des Marschalls Foch in Trier verlängert. Der Wortlaut des Abkommens ist wie folgt:

Die Unterzeichneten, versehen mit Vollmachten, kraft deren sie den Waffenstillstandsvertrag vom 11. November unterzeichneten, haben heute folgendes Zusatzabkommen unterzeichnet.

1. Die Dauer des am 11. November abgeschlossenen Waffenstillstandes ist um einen Monat verlängert, bis zum 17. Januar 1919, 5 Uhr vormittags. Diese Verlängerung um einen Monat wird unter Vorbehalt der Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluß des Präliminarfriedens ausgedehnt werden.

2. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. November, soweit dieselben zur Zeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt, und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes zu den von der internationalen Waffenstillstandskommission festgesetzten Vorschriften und nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten zum Abschluß geführt.

3. Folgende Bedingung wird dem Abkommen vom 11. November hinzugefügt: Das Oberkommando der Alliierten behält sich von jetzt an, wenn es dies für angezeigt erachtet, und um sich neue Sicherheiten zu verschaffen, vor, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer nördlich des Kölner Brückenkopfes bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Diese Besetzung wird von dem Oberkommando der Alliierten sechs Tage vorher angezeigt werden.

Trier, den 13. Dezember 1918.

gez: Foch, A. S. Boyna, Admiral,

gez. Erzberger, A. Oberdorff, v. Winterfeld, Banfelow.

Die Klausel über die Verlängerung des Vertrages bis zum Abschluß des Präliminarfriedens, sowie die vorherige Anzeige vor Besetzung der neutralen Zone vom Kölner Brückenkopf bis zur holländischen Grenze wurden auf Vorschlag des Staatssekretärs Erzberger in das Abkommen aufgenommen.

Zu Beginn der Sitzung teilte Marschall Foch im Namen des amerikanischen Lebensmittelkontrollieurs Hoover mit, daß die in Deutschland liegenden 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum unter Kontrolle der Alliierten zur

Verorgung Deutschlands mit Lebensmitteln

zur Verfügung gestellt werden müssen. Zu der Erklärung des Ausdrucks „Kontrolle der Alliierten“ in dem Sinne, daß hierbei die Schiffe selbstverständlich deutsches Eigentum verbleiben und mit deutschen Besatzungen versehen werden könnten, antwortete Foch im Prinzip zustimmend. Aus den weiteren Bestimmungen geht hervor, daß diese Versorgung mit Lebensmitteln von zwei Kommissionen geregelt werden wird. Die eine, welche die Lebensmittel ankauft, hat ihren Sitz in Paris, während die mit der Verteilung und dem Transport beauftragte Kommission ihren Sitz in London hat. Staatssekretär Erzberger erklärte sich mit dieser Regelung des Transportes und dieser Benutzung deutschen Schiffsraumes einverstanden. Foch sagte zu, dieses Einverständnis dem Lebensmittelkontrollieur Hoover zu übermitteln, damit die Verhandlungen zwischen den Schiffahrtsfachverständigen und dem Ausschuss, der deutscherseits für die Einführung von Lebensmitteln eingesetzt ist, alsbald aufgenommen werden können. Diese Verhandlungen finden nicht in Spaa statt.

Aus der Debatte ist weiter hervorzuheben, daß die Abgabe des Verkehrsmaterials auf Grund der deutschen Vorschläge vor sich gehen wird und zwar in der Weise, daß bis zum 18. Januar 1919 die auszuliefernden 5000 Lokomotiven, 150.000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen übergeben sein werden. Der deutsche, nach langen Verhandlungen angenommene Vorschlag sieht im einzelnen vor, daß während der ersten zehn Tage vom 18. Dezember an täglich 110 Lokomotiven und 2400 Wagen, sodann während der übrigen 20 Tage je 150 Lokomotiven und 3200 Wagen abgeliefert werden. Der französische Vorschlag auf Ablieferung in kürzester Frist drang nicht durch. Insbesondere gelang es auch, die von französischer Seite vorgeschlagenen Strafvorschriften für den Fall der Ablieferung von Material, dessen Zustand für nicht genügend erklärt wird, zu mildern. Von englischer Seite wurde verlangt, daß das Linien Schiff „Baden“ anstelle des Panzerkreuzers „Madonnen“ abgeliefert werde, der nicht schlepptauglich ist. Letztere Tatsache war bereits am 11. November im Walde von Compiègne mitgeteilt worden, worauf von englischer Seite keine neue Forderung gestellt wurde. Staatssekretär Erzberger bezeichnete diese jetzt vorgebrachte Forderung als ein Akt der Willkür und legte Protest ein. Die Engländer zogen jedoch ihre Forderung nicht zurück.

Der Vorschlag Erzbergers betreffend die in Ostafrika befindlichen Kolonialgefangenen wird von Marschall Foch geäußert werden. Antwort ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Foch verläßt heute nachmittags 2 Uhr Trier. Die aus Spaa eingetroffenen Mitglieder der Waffenstillstandskommission treten zu derselben Zeit die Rückreise an. Die von Berlin gekommenen Delegierten werden abends über Kassel-Wilhelmshöhe dorthin zurückkehren.

Die deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger.

Deutschlands Ernährung

München, 14. Dez. Ebenso wie Kardinal u. Hartmann hat auch Erzbischof Faulhaber von St. Peter die Mitteilung erhalten, daß Präsident Wilson in ernster Erwägung ziehe, die Ernährungs-schwierigkeiten Deutschlands zu beheben.

Lebensmittel und Kredit

Berlin, 14. Dez. Der „Vorwärts“ schreibt: Deutschland soll Lebensmittel bekommen. Man hat sich also im Lager unserer Gegner von der gefährlichen Ernährungslage in Deutschland überzeugt. Unsere Schiffe werden also in Kürze in fremde Häfen gehen können, um für Deutschland Lebensmittel zu holen. Aber wie sollen wir die Lebensmittel kaufen? Wir hatten seither keinen Austausch mit der übrigen Welt. Wir haben infolgedessen für unseren Außenhandel nicht den erforderlichen Kredit zu erwarten. Wir können und wollen bezahlen, aber wir dürfen so kein Geld an das Ausland liefern. Die Alliierten müssen darum noch einen Schritt weiter gehen: sie müssen uns einen Kredit gewähren. Wir müssen neben der physischen Kraft unseres Volkes auch unsere völlig erschöpfte wirtschaftliche Kraft beleben. Es liegt also auch im Interesse der Sieger, uns auch Rohstoffe, vor allem aber Kredit zu gewähren.

Batoki über die Auflösung Preußens

Oberpräsident v. Batoki veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Artikel: „Hat der preussische Staat noch Daseinsberechtigung?“. Er verneint diese Frage. Der preussische Staat sei eine Schöpfung der Hohenzollern; die ruhmvolle Geschichte des Herrscherhauses habe in der Niederlage und Schmach geendet. Auch im Fall der Wiederkehr der Monarchie könne es sich nie mehr um ein preussisches Königtum handeln. Nachdem Herr v. Batoki weiter ausgeführt hat, daß Preußen im Bau des Deutschen Reiches stets ein Fremdkörper gewesen sei, entwirft er folgendes Gemälde der zukünftigen Zusammenfassung des Reiches:

„So notwendig in Zukunft die Aufrechterhaltung der Reichseinheit, wenn anständig, unter Einfluß von Deutschland, ist, so unmöglich ist die Beibehaltung des Zustandes solcher Disparität zwischen den zu Preußen gehörigen und den nicht-preussischen Landesteilen. Die Bestrebungen, Rheinland von Preußen abzutrennen und zum selbständigen mit Bayern, Baden, Sachsen usw. gleichberechtigten Glied des Deutschen Reiches zu machen, sind also sachlich voll berechtigt. Sie werden ohne Zweifel bei den anderen selbständigen preussischen Kultur- und Wirtschaftsgebieten Nachahmung finden und dazu führen, daß diese dasselbe Maß von Selbstständigkeit wie die anderen Glieder des Reiches fordern. Wenn gleichzeitig die lebensunfähigen Kleinstaaten verschwinden, würde sich daraus das Bild von 10 bis 15 durch das feste Band des Reiches verbunden, aber trotzdem von eigenem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben erfüllten deutschen Gauen bieten. Nur so kann ein Reichsgebäude entstehen, das unter Wahrung des Vorteils der Dezentralisation von dem mit der neuen Entwicklung unvereinbaren geschichtlich gewordenen Konstruktionsfehler befreit ist: dem Bestehen lebensfähiger Kleinstaaten, ebenso wie des einen Fremdkörper in dem Aufbau des Reiches bildenden preussischen Großstaates. Die Stellung aller dieser Teilgebiete würde etwa die bisherigen mittleren Bundesstaaten sein. Das Reich würde die Vorschritt erlassen und in möglichster lebendiger, handlicher Fühlung mit den Unterstaaten ihre Durchführung übernehmen, die Unterstaaten hätten, wie bisher die Bundesstaaten, nach den Grundätzen freier, demokratischer Selbstverwaltung die Bestimmung durchzuführen, und soweit das Reich es zuläßt, selbständige Anordnungen zu treffen. Wie groß die Unterstaaten zu bemessen sind, ist Zweckmäßigkeitsfrage. Schließen sich Württemberg, Baden und Hessen, wie von einer Seite vorgeschlagen, zu einem Unterstaat zusammen, so wäre auch Preußen nur in drei bis vier Teile zu zerlegen; bleiben die südlichen Mittelstaaten selbständig, so wären je zwei bis drei preussische Provinzen zu einem Unterstaat zusammenzufassen.“

Gegen Spartakus

Berlin, 14. Dez. Die Forderung der Garde-Schützen-Division, wonach diese Division von der Regierung verlangt, daß alle unrechtmäßig in Waffenbesitz befindlichen entwaffnet werden, ist Herr Ebert überreicht worden. Er hat eine Prüfung der Wünsche der Division zugelegt. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ meldet, wird die Division auf ihrer Forderung, zum Sicherheitsdienst herangezogen zu werden, unbedingt bestehen. Sie hat bereits mit den übrigen in Berlin liegenden Truppen Fühlung genommen, und es ist anzunehmen, daß auch diese mit derselben Forderung an die Regierung herantraten werden. — Außer der Garde-Artillerie-Division haben sich auch die Regimenter Potsdams der Reichsregierung zur Verfügung gestellt und fordern die Verhaftung Liebknechts und der Spartakusanhänger. Nach Erklärungen in den Ber-

liner Fabrikversammlungen fordert die Spartakusgruppe ihre Anhänger in Deutschland zur weitläufigen Verhinderung der Wahlen zur Nationalversammlung auf.

Fronttruppen und rote Fahne

Berlin, 13. Dez. Die „Voss. Ztg.“ meldet: Sie in anderen Städten, haben auch in Potsdam Manuskripten der Garde an den roten Fahnen Anstoß genommen. So haben sie der Nacht vom Donnerstag die auf dem Rathaus angebrachte rote Fahne entfernt. Vielleicht hat diesem unüberlegten Vorgehen, das der extremen Agitation willkommenen Stoff bietet, die Faktion beigetragen, daß es den Fronttruppen nach einer leiser Strapazen wiederholt passierte, daß linientische Arbeiter- und Soldatenräte die Transportmittel entzogen, wenn sie sich nicht entwaffnen und zum Anlegen von roten Abzeichen zwingen wollten. Manche Truppenteile zogen lieber vor, tagelang zu marschieren, als sich einem unrechtmäßigen und unbilligen Zwang zu fügen.

Zur Frage der Präsidentenwahl in der deutschen Republik.

Hat die Mehrheit unseres Volkes in der Nationalversammlung sich zur deutschen Republik bekundet und die Grundgesetze der neuen Staatsform festgelegt, so wird dann auch zu entscheiden sein, ob der Präsident der Republik von der Nationalversammlung, wie in Frankreich vom Parlament, oder von ganzen Volk, wie in den Vereinigten Staaten, gewählt ist. Bei der Bedeutung dieser Frage dürfte die Nationalversammlung vermutlich einen vorläufigen Präsidenten wählen. Zur Wahl des eigentlichen Präsidenten könnte dann nach Sicherung der inneren Verhältnisse unseres Reiches, etwa im Herbst 1919, geschritten werden.

Wilson's Ankunft in Frankreich.

Paris, 14. Dez. (W. B.) Neuter. Wilson ist unter dem Jubel der Bevölkerung, begrüßt von Schützengruppen, angekommen.

Genf, 14. Dez. (W. B.) Wie Savas meldet, fand der Einzug des Präsidenten Wilson in Paris unter der größten Begeisterung der Bevölkerung statt. Die Stadt war besetzt. Die meisten Geschäfte und Werkstätten hatten geschlossen. Am Bahnhof wurde Wilson von Poincaré und Clemenceau begrüßt und unter Hochrufen der die Straßen füllenden Menschenmenge in den Palast des Prinzen Murat geleitet, wo Wilson Wohnung nimmt. Vor dem Palast wiederholten sich die Guldigungen für Wilson. Auch Poincaré und Clemenceau wurden bei der Abfahrt lebhaft begrüßt.

Bermischte Nachrichten.

* Radesheim, 16. Dez. Morgen Dienstag, den 17. Dezember, nachmittags 5 Uhr, findet eine Stadtverordneten-Sitzung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Anrechnung der Kriegsjahre für Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung.
2. Weihnachtsgaben für die Feldtruppen.
3. Annahme zweier Stiftungen von Herrn Eduard Sturm,
 - a) Katharina Sturm'sche Stiftung.
 - b) Für die Kleinkinderbewahranstalt.
4. Aufnahme eines Darlehens von 70.000 Mk. für den Geleisanschluss am neuen Gaswerk.
5. Vergütung an die Mitglieder des Arbeiter- und Bauernrates.
6. Wahl des Stadtverordnetenvorstehers.
7. Vergütung an den Schriftführer.

* Radesheim, 16. Dez. Die Befehle unserer Stadt durch französischen Truppen ist nur noch eine Frage von wenigen Stunden. Es ist das Gerücht verbreitet, daß die Gemeinden des unteren Rheingaus mit amerikanischen Besatzungstruppen belegt würden. — Am gestrigen Sonntag unternahm von den linksrheinischen Besatzungstruppen eine größere Anzahl französischer Soldaten einen Abmarsch nach unserer Stadt und bewegten sich in kleinen Trupps in den Straßen. Das Publikum benahm sich den fremden Truppen gegenüber sehr reserviert. Die Ueberfahrt erfolgte mit Motorboot oder Rachen. — Vor der Befehls unserer Stadt durch feindliche Truppen, ergreift die Bürgerschaft nochmals die Mahnung, die Besatzung als unvermeidliche Folge der Waffenstillstandsbedingungen mit der größten Ruhe und Entschlossenheit hinzunehmen, sich jeder unbesonnenen Entgegensetzung zu enthalten und sich keine Taktlosigkeiten zuschulden kommen zu lassen. Im eigenen wie im Interesse aller anderen Mitbürger muß jeder dazu mitwirken, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und schließlich Leichtfertige von unbesonnenen Handlungen zurückhalten. Insbesondere ergreift an die Eltern die dringliche Mahnung, ein besonderes Augenmerk auf die heranwachsende Jugend zu haben. Wie gefährlich es ist, auch nur die geringste Unachtsamkeit zu begehen, haben die uns gegenüberliegenden Ge-

meinden schon erfahren müssen, indem ihnen für Dummheitsstriche Strafen von 2000 Mark auferlegt wurden, die die einzelnen Familien tragen müssen. Eine ganze Gemeinde muß unter solchen Vorkommnissen leiden. Also nochmals: Ruhe und Ordnung, Flugeleiten der auferlegten Bedingungen ist zunächst die erste Pflicht aller; sie bewahren sich, sowie ihre Mitbürger vor empfindlichen Schäden. Wir leben noch immer in Kriegsverhältnissen und alle Vergehen werden sofort und auf das strengste bestraft werden.

* **Rüdesheim, 16. Dez.** Wie eine Zentnerlast ruhen auf den Schultern des deutschen Volkes der Druck der Ereignisse und die Not der Zeit. Weihnachten steht vor der Tür! In diesem Jahre tönt in dieses Fest der Verheißung und des Friedens nicht wilder Kriegslärm, diese schrille Dissonanz der christlichen Weihnacht. Aber wir nehmen den Druck und die Not mit in das Fest hinüber. Trotzdem, die alte, schöne Weihnachtsfreude wird aus dem Herzen von groß und klein nicht verschreckt werden können. Wieder werden die alten Weihnachtslieder über dem geschmückten Tannbaum emporsteigen, und wieder wird unter diesen Liedern das altehrwürdige „Stille Nacht, heilige Nacht“ am innigsten und besten klingen. Und am Heiligabend dieses Jahres werden gerade 100 Jahre verflossen sein, seitdem dieses Weihenlied „Stille Nacht“ von dem Bilar Joseph Mohr gedichtet wurde. Der Lehrer Franz Gruber hat um die zum Gemeingut des Volkes gewordenen Verse die süße, vertraute Melodie gesungen und am 24. Dezember 1818 wurde in der St.-Nikolaus-Kirche in Oberndorf an der Saalach das Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht“ von andächtigen Menschen zum ersten Male öffentlich gesungen.

* **Rüdesheim, 14. Dez.** (Militäruniformen beliebig verwendbar!) Nach einer Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle ist das alleinige Recht der Kommunalverbände und einiger anderer behördlich zugelassener Stellen zum entgeltlichen Erwerb von getragener Uniformen aufgehoben. Die getragenen Uniformen dürfen von jetzt ab auch von Geschäften, insbesondere vom Kleiderhandel, gekauft werden.

Bei dem noch bestehenden großen Mangel an Anzugstoffen und den hohen Preisen im freien Handel wird empfohlen, die im Publikum befindlichen Militärstücke zu bürgerlichen Kleidungsstücken, vorzüglich Arbeitsanzügen oder Anabenkleidung umzuarbeiten. Besonders, wenn sie dunkel gefärbt werden können, kann noch eine ansehnliche billige Kleidung daraus gefertigt werden.

Geisenheim, 14. Dez. Am Abend des verflossenen Mittwoch ist hier am Rheine die unversehrte Leiche von Johannesberg beim Kohlenhamstern im Rheine ertrunken. Es ist dies der erste tödliche Unfall, der sich bei dieser gefährlichen Kohlenverladung hier am Rheine ereignet. Leider ist aber die Versorgung unserer Bevölkerung mit Kohlen eine derart schlechte, daß trotz der großen Gefahren die dies Hamstern der Kohlen mit sich bringt, von den Leuten immer wieder versucht wird, sich auf diese gefährliche Art mit Kohlen zu versorgen. Bereits des öfteren wurde von Unfällen berichtet, die aber glücklicherweise immer glimpflich abgelaufen sind. Dieser tödliche Unfall mag deshalb allen Kohlenhamstern als Warnung dienen.

Wiesbaden, 15. Dez. Unsere Kurstadt steht seit Freitag unter dem Befehl der französischen Besatzung. Nach Eintreffen der ersten französischen Truppen wurde am Rathaus sofort ein Ausruf und eine Verordnung (Polizeiverordnung) in französischer und deutscher Sprache angeschlagen. In dem Ausruf werden die Einwohner aufgefordert, den alliierten Militärbehörden strengen Gehorsam zu leisten. Staats-, Kommunal- und Gerichtsbehörde haben ihre Tätigkeit unter Aufsicht der Militärbehörden unverändert weiter auszuüben. Jedes Vergehen gegen die der Bevölkerung bekannt gegebenen Erlasse sowie jede Gehorsamsverweigerung werden streng bestraft. — Die Polizeiverordnung besagt u. a.: Jede Person über 12 Jahre, die sich nach dem 1. August 1914 im Armeegebiet niedergelassen hat oder die nicht gewöhnlich in demselben wohnhaft ist, hat innerhalb zwei Tage sich persönlich unter Vorlage von Ausweispapieren anzumelden. Über den Verkehr wird u. a. folgendes verordnet: Innerhalb der Gemeinde ist der Verkehr frei von 6 Uhr bis 20 Uhr (d. b.

von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, französischer Zeit.) Er ist abseits der Straße unterlagt, wenn es sich nicht um landwirtschaftliche Arbeiten handelt. Außerhalb der Gemeinde darf niemand ohne schriftliche Erlaubnis gehen. Nachts ist jeder Verkehr grundsätzlich zwischen 20 (8) Uhr und 3 Uhr untersagt. Die öffentliche Zeit ist die französische Zeit. Keine Vereinigung, keine Vorlesung, keine Versammlung irgend welcher Art darf ohne Erlaubnis der Ortsmilitärbehörde stattfinden. Der Zutritt zu den Schankwirtschaften, Kaffees und Restaurationen ist der Zivilbevölkerung untersagt von 20 Uhr ab bis 8 Uhr. Alle Zivilisten haben bei jeder Gelegenheit und an jedem Ort gegenüber den Offizieren der französischen und alliierten Armeen eine achtungsvolle Haltung anzunehmen. — Wiesbaden ist etwa mit 1200 Mann Truppen belegt. Für 300 bis 400 Offiziere mußten Quartiere in Hotels bereit gestellt werden. — Die Volkswehr wurde mit dem gestrigen Tage aufgelöst.

Wiesbaden, 14. Dez. Zu der Frage der Rheinisch-Westfälischen Republik hat der Wiesbadener Philisterzirkel Kochbrunnen im Verband der (nicht farbentragenden) katholischen Studentenvereine Deutschlands am 12. Dezember 1918 folgendermaßen Stellung genommen: „Die Not der Zeit erfordert mutige Entschlüsse. Wir betrachten die Bildung einer Rheinisch-Westfälischen Republik als befreiende Tat. Sie bietet durch die Verankerung des rechten mit dem linken Rheinufer den geeigneten Weg, in der deutschen Reichseinheit zu verbleiben und gewährt den Ländern am Rhein auf der Grundlage der Selbstbestimmung die einzige Möglichkeit der Erhaltung und Entfaltung ihrer berechtigten westlichen Eigenart. Die Länder am Rhein, unter ihnen auch Nassau, gehören kulturell und wirtschaftlich zusammen. Sie werden eine lebensfähige Republik und damit einen mächtigen Pfeiler des in wenige Einzelstaaten gegliederten neuen Deutschland bilden. In diesem Sinne ist die unter strenger Wahrung der Reichseinheit erfolgte Gründung der Rheinisch-Westfälischen Republik freudigst zu begrüßen und der Anschluß Nassaus an dieselbe mit allen Kräften zu erstreben.“

Verantwortlicher Redakteur: Karl Meier.

N. Meier's Buchdruckerei Schreibwarenhandlung

empfiehlt für

Weihnachts-Geschenke in schöner Auswahl

Wissenskarten

in geschmackvoller Ausführung.

Briefpapier in verschiedenen Formaten
in Mappen u. Kassetten
**Erzählungs-, Bilder- u.
Malbücher :: Schulartikel**

Meiner werten Kundschaft, sowie Freunden und Gönnern zur Kenntnis, daß ich am **29. Dezember** mit Beginn der neuen Brodkarten meine

Bäckerei

wieder eröffnen werde.

Um vorherige Anmeldungen wegen dem Kartensystem bittet höflichst

Heinrich Lahr
Peterstraße 6.

Oberförsterei Rüdesheim a. Rh.

Mittwoch, den 18. Dezember ds. Js.,
sollen 59 Rmtr. Eichen-Eiche und Knüppel,
76 „ Eichen-Reiser 1. Klasse,
100 „ unaufgearbeitete Reiser
im Distrikt 16, Aulhäuser Schlag, auf dem Niederwald an Ort und Stelle öffentlich meistbietend verkauft werden. Zusammentritt nachmittags 3 Uhr an der Sandallee.

Eine gute

Butter- und Milchkuh

auf Garantie zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Exped. ds. Blattes.

Unterricht in Violin Klavier

sowie sonstigen
Blasinstrumenten
erteilt aufs gründlichste,
ferner übernehme ich auch
Klaviersimmen und
Reparaturen sämtlicher
Holzinstrumente.

Jakob Rüdell
geb. Militär-Musiker
Rüdesheim a. Rh.
Klunfertshof 4.

Krepp-Papier empfiehlt
N. Meier

Aufruf!

Nachdem sich die

Deutsche Volkspartei

gebildet hat, rufen wir zur Sammlung gegen die Klassenherrschaft der Sozialdemokratie auf. Wir fordern die schnellste Einberufung einer

Nationalversammlung

die der neuen Staatsform die verfassungsmäßige Grundlage geben soll. Für die Wahlen zu dieser Nationalversammlung erstreben wir mit allen anderen bürgerlichen Parteien ein Zusammenwirken, und erhoffen eine **enge Vereinigung des gesamten deutschen Bürgertums**. Gemäß der programmatischen Kundgebung der Deutschen Volkspartei wollen wir auf dem Boden der durch die Umwälzung geschaffenen demokratischen Staatsform dafür eintreten,

die Reichseinheit zu wahren,

und baldigst **Ruhe und Ordnung im Lande** zu schaffen.

Die **wirtschaftliche Selbständigkeit des Einzelnen** soll und muß auch unter der neuen Staatsform erhalten werden. Der Erhaltung einer freien Bauernschaft auf eigener Scholle, dem Wiederaufbau des **Mittelstandes**, insbesondere des **Handwerks**, der Erfüllung berechtigter Forderungen der **Beamten, Privatangestellten und Arbeiter** wird unsere besondere Aufmerksamkeit gelten.

Unsere **sozialen Einrichtungen**, die von keinem anderen Land der Erde erreicht werden, wollen wir behaupten und weiter ausbauen.

Die **Fürsorge für alle Kriegsteilnehmer**, insbesondere für die **Kriegsbeschädigten** und **Hinterbliebenen** der Gefallenen wird unsere vornehmste Sorge sein.

Die **Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen**, der **Sparkasseneinlagen** und der gewährleisteten **Pensionen und Rentenbezüge** erachten wir als selbstverständliche Pflicht.

Die ungeheuren **Lasten des Krieges** müssen **gerecht verteilt**, den Kriegsgewinnlern die gebührenden Opfer auferlegt werden, für den **Wucher darf es keine Schonung** geben.

Die **Deutsche Volkspartei** will treu die alten Ideale hüten, die wert sind, Bestandteile des neuen deutschen Volksstaates zu werden.

Die **Religion** wollen wir dem Volke erhalten, und treten insbesondere ein für die Beibehaltung des **Religionsunterrichtes in den Schulen**, sowie für die Wahrung der geschichtlichen Rechte der großen Kirchengemeinschaften, besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiet.

Den hohen Kulturgütern der Wissenschaft und der Kunst wird unsere Fürsorge gelten.

Den **vaterländischen Geist** wollen wir pflegen, um das deutsche Volk in neuer fester Einheit zusammenzufügen, und ihm in dem erstrebten Völkerbund eine geachtete Stellung sichern.

Jeder Gewaltherrschaft treten wir entgegen

und wenden uns aufs schärfste gegen **zwecklose Vergendung von Geldern der Steuerzahler**.

Kein Stand soll vor dem anderen bevorzugt werden. Engste Verbindung aller Schichten unseres Volkes in voller Gleichberechtigung seiner Glieder ohne Unterschied des Geschlechtes, des Besitzes und des Standes wollen wir in **politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit** schaffen.

Alle, die in diesen Bestrebungen mit uns einig gehen — Männer und Frauen, Bürger und Bauern, Handwerker und Kaufleute, Fabrikanten und Arbeiter, Beamte und Angehörige freier Berufe — fordern wir auf in unsere Reihen zu treten.

Deutsche Volkspartei Wiesbaden

Der vorläufige Arbeitsausschuß:

P. Alt, Kaufmann; **E. Anding**; **W. Bethäuser**, Landesbauinspektor; **E. Broglie**, Lehrer; **H. Burandt**, Consul a. D. und Stadtrat; **Dr. Degenhardt**, Studienrat; **Dr. Dornblüth**, Sanitätsrat; **Frau Dr. Dornblüth**; **Dr. K. Dyckerhoff**, Stadtverordneter; **E. Greiff**, Schlosser; **H. Glücklich**, Kaufmann; **Bernhard Grothus**, Hauptschriftleiter; **Fräulein Tekla Ilgen**, Lehrerin; **W. Jend**, Schriftleiter; **G. Krücke**, Rechtsanwalt; **Krüger-Velthusen**, Generalmajor; **E. Meier**, Stadtrat; **A. Merz**, Pfarrer; **F. Nidtel**, Bankvorsteher; **W. Passavant**, Fabrikbesitzer, Michelbacherhütte bei Michelbach in Nassau; **A. Petitjean**, Verbandsdirektor; **A. Pfarrius**, Postsekretär; **A. Schröder**, Handwerkskammer Syndikus; **H. Traisbach**, Schuhmachermeister.

Beitritts-Erklärungen

von Männern und Frauen zur **Deutschen Volkspartei** werden bei den nachstehenden Stellen entgegengenommen:

in Wiesbaden: **Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei**, Neugasse 9;

in Rüdelsheim: **Fritz Reuter**;

Zahlstelle: **Direktion der Diskonto-Gesellschaft**, Wiesbaden, Wilhelmstraße 14.

Unterzeichneter erklärt hiermit seinen Beitritt zur

„Deutschen Volkspartei“

mit einem Jahresbeitrag von Mk.

Name:

Stand:

Wohnung:

(Straße und Hausnummer)